

DIE LINKE.

Fraktion im Kreistag der Wetterau

**Herr Weckler,
legen Sie endlich
ein Konzept für
eine kreiseigene
Wohnungsbau-
gesellschaft vor!**

Seite 2

**Gesundheits-
zentrum Wetterau
Privatisierung
stoppen!**

Seite 5

**Der Wetteraukreis
braucht ein
Wassermanagement**

Seite 6

**Sparkasse trickst
bei den Zinsen**

Seite 7

**Schulen brauchen
Hygieneartikel**

Seite 7

**Lesen Sie auf Seite 3:
Neuberechnung der
Mietobergrenzen:
Wetteraukreis
spart bei Mieten
für arme Familien
mit Kindern**



**Das ist Wertschätzung: Gute Arbeits-
bedingungen und gute Bezahlung!**

Corona-Epidemie: Wer trägt die Kosten?

Trotz Kurzarbeit und staatlicher Finanzhilfen finden es Dax-Konzerne und besonders die Autohersteller gar nicht problematisch, Dividenden an ihre Aktionäre auszuzahlen. Es ist nicht zu erwarten, dass sich Konzerne, die in der Vergangenheit gute Profite gemacht haben, an der Finanzierung der Krise beteiligen. Wenn jetzt auch noch die Rüstungsausgaben auf über 50 Milliarden Euro klettern und weitere 20 bis 25 Milliarden geplant sind, fragt man sich doch: Wie sollen die Kosten der Corona-Epidemie bezahlt werden? Wer wird zur Kasse gebeten? Wird jetzt die öffentliche Daseinsfürsorge noch weiter ausgeblutet?

Lesen Sie dazu die Seiten 4 und 5

Kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft:

Herr Weckler, legen Sie endlich ein Konzept vor!

Seit 2015 drängt DIE LINKE. Fraktion im Kreistag darauf, eine kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft zu gründen. In den vergangenen Jahren wurde viel angekündigt, aber geschehen ist nichts. Im März 2020 stellten wir erneut einen Antrag. Denn bezahlbarer Wohnraum wird dringend gebraucht!

DIE LINKE. Fraktion forderte den Kreisausschuss und Landrat Weckler auf, bis zu den Sommerferien 2020 endlich ein Konzept zur Gründung einer kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft vorzulegen. Es wird langsam peinlich! Denn das Ganze hat schon eine längere Geschichte:
■ Der Kreistag des Wetteraukreises hat im Oktober

2015 mit großer Mehrheit eine Sondierung beschlossen, ob und wie eine kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft entstehen könnte. Dieser Kreistagsbeschluss wurde nicht umgesetzt!

■ Landrat Weckler und die Koalition aus SPD und CDU bekannten sich 2018 zum Zweckverband Wohnen und versprachen für das zweite Halbjahr 2018

eine Vorlage für die Diskussion im Kreistag. Diese Vorlage gibt es bis heute nicht.

■ DIE LINKE. beantragte im Oktober 2018, dass die Sondierung nunmehr nachgeholt wird, damit es 2019 zu einem Zweckverband kommen kann. Die schwarzrote Koalition nannte diesen Antrag „unnötig“, denn „in Kürze“ werde man liefern. In Kürze? Es wurde bis heute nichts geliefert.

In der Zeit von 2015 bis 2017 lobte das Land Hessen 391 Millionen Euro Fördermittel im Rahmen des Masterplans Wohnen aus. Seit 2017 stehen nach Angaben der Hessischen Landesregierung jährlich 300 Millionen Fördermittel zur Verfügung. Der Wetteraukreis hat keine Fördermittel für Wohnen abgerufen.



1 Tarnkappenbomber = 513 Sozialwohnungen à 95m²

Folge 16:

flopcenter

Mietobergrenzen für Familien mit Kindern deutlich erhöhen!

Eine kleine Anfrage der Linken im Bundestag vom September 2019 zeigt, dass der Wetteraukreis seit Jahren die Mietobergrenzen zu niedrig berechnet. Bei einem Drittel der bedürftigen Alleinerziehenden und Familien mit Kindern fehlen zwischen 1300 und 1400 Euro im Jahr für die Miete. Das muss sich dringend ändern!

Das Jobcenter gibt armen Familien einen Zuschuss zur Miete. Die Höhe richtet sich nach den so genannten Mietobergrenzen, die der Wetteraukreis alle zwei Jahre neu ausrechnet. Zuletzt wurden die Obergrenzen im Januar 2020 überarbeitet.

Im Westkreis wurden die Obergrenzen erhöht. Einkommensschwache Menschen würden sonst keine Wohnung mehr finden.

Doch im Ostkreis liegen die neuen Obergrenzen teilweise unter denen von 2005! Sind die Mieten im Ostkreis etwa gesunken?

Die Mietobergrenzen sind so berechnet, dass fast ein Drittel der armen Familien mit Kindern und Alleinerziehenden Geld aus der Grundsicherung (Hartz4) abzwacken müssen, damit sie die Miete bezahlen können. Diese Familien sparen sich das Geld tatsächlich vom Mund ab.

Die Grundsicherung beträgt derzeit 432 Euro für einen Erwachsenen und für Kinder je nach Alter zwischen 250 und 328 Euro. Haben Sie schon mal versucht, ihre gesamten Lebenshaltungskosten, Mobilität, Strom, Rücklagen für den kaputten Kühlschrank

oder die Waschmaschine und die nötigen Anschaffungen für ein Kind mit beispielsweise 682 Euro im Monat zu bestreiten? Mit einfacher Grundschulmathematik kann man sich ausrechnen, dass man von diesem Betrag nicht noch über 100 Euro abzwacken kann, nur weil die Mietobergrenzen zu niedrig berechnet sind!

2018 hatten 26,4 Prozent der bedürftigen Familien mit mindestens einem Kind ca. 117 Euro weniger Grundsicherung im Monat zur Verfügung. Bei den Alleinerziehenden waren es 28,1 Prozent und rund 110 Euro. Es handelt sich also nicht um irgendwelche Einzelfälle. Es sind insgesamt 1133 Familien mit Kindern, denen der Wetteraukreis zwischen 1300 und 1400 Euro im Jahr vorenthält!

Ein toller Einsatz gegen Kinderarmut! Wirklich!

DIE LINKE. hat im Kreistag die Überarbeitung der Mietobergrenzen beantragt, um diesen Mißstand abzuschaffen. Der Antrag liegt noch im Ausschuss.

Öffentlich ist wesentlich!

Bereits vor der Corona-Epidemie war unser Gesundheitssystem auf Kante genäht. Krankenhäuser wurden auf Effizienz getrimmt und sollten Gewinn einfahren. Das hatte vor allem den Effekt, dass Personal als größter Kostenfaktor reduziert wurde. Und dann hatte die Bertelsmann-Stiftung noch eine Wahnsinnsidee: Die Anzahl der Kliniken sollte von 1400 auf unter 600 verringert werden. Gesundheitsminister Spahn fand das prima. So würde das Personal auch wieder ausreichen. Stellen Sie sich vor, dieser Plan wäre durchgesetzt worden. Wie dramatisch hätte sich das in der Corona-Epidemie ausgewirkt! Übrigens: Italien und Spanien hatten bereits Kliniken abgebaut - mit den bekannten verheerenden Folgen.

Nach Corona haben hoffentlich alle verstanden, dass Privatisierung und Ökonomisierung Irrwege sind! Gesundheit ist keine Ware! Krankenhäuser müssen keinen Gewinn machen! Die Corona-Krise bewältigen heißt daher auch, grundlegend andere Weichenstellungen vorzunehmen!



Gabi Faulhaber,
Kreistagsabgeordnete
der Linken, setzt sich
gegen die Privatisierung
des Gesundheits-
zentrums Wetterau
(GZW) ein.



Anja Eifechtali,
Kreistagsabgeordnete
der Linken, will
ein staatliches
Gesundheitswesen.

Entprivatisieren!

In der Corona-Krise hat sich gezeigt, dass eine vom Markt geregelte Gesundheitsversorgung nicht funktioniert. Wochenlang fehlte es in Kliniken, in Arztpraxen und Pflegeeinrichtungen an Masken, Desinfektionsmitteln und Schutzkleidung. Skrupellose Spekulanten horteten dann auch noch Material und versilberten es zu unverschämten Preisen. Warum wurde das eigentlich nicht beschlagnahmt?

So kaufte der Wetteraukreis zu Beginn der Epidemie Masken zu 14,50 Euro, die zuvor nur wenige Cent gekostet hatten. Das GZW selbst konnte sich die Masken nicht leisten, denn zu diesem Spekulationspreis konnten sie nicht mit den Kassen abgerechnet werden. Der Wetteraukreis sprang ein, weil sonst die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des GZW keinen Schutz gehabt hätten. Das darf es nicht geben!

Privatisierung stoppen!

Seit Jahren stemmt sich DIE LINKE. Kreistagsfraktion gegen eine Privatisierung des GZW. Die anderen Kreistagsfraktionen haben ihr Recht auf demokratische Kontrolle aufgegeben: Sie fassten Vorratsbeschlüsse und lassen damit den Privatisierungsbefürwortern freie Hand.

Bereits 2015 stimmte der Kreistag mehrheitlich einer Umwandlung beim GZW zu: Von einer gemeinnützigen GmbH in eine GmbH. Damals ging es um eine Fusion mit den Lahn-Dill-Kliniken und man wollte die Gelegenheit für eine Änderung der Geschäftsform nutzen. Es hat damals nicht geklappt. Aber es wurde sozusagen auf Vorrat beschlossen und der Kreistag hat damit sein demokratisches Mitbestimmungsrecht aufgegeben. 2019 nickte die Mehrheit der Kreistagsabgeordneten einen weiteren Vorratsbeschluss ab: Jetzt kann auch innerhalb des GZW eine Privatklinik entstehen. Man wartet offensichtlich nur noch die Sanierungen und Baumaßnahmen ab, die aus Landesmitteln (also von Steuergeldern) gezahlt werden.

Warum ist DIE LINKE. gegen Privatisierungen?

Die breite Gesundheitsversorgung für alle Menschen wird durch Privatisierungen gefährdet. In den westlichen kapitalistischen Ländern wurden in den letzten 20 Jahren die Gesundheitssysteme 'gewinnträchtig' umgebaut. Die USA dienen als Vorbild und sind auch führend in der kapitalistischen Zurichtung des Gesundheitswesens. Krankenhäuser werden als Unternehmen geführt und sollen ihren Eigentümern möglichst viel Gewinn bringen. In Deutschland gruppiert sich diese kapitalistische Zurichtung um den Begriff der Fall-Pauschale. Das bedeutet in der Konsequenz: Es geht darum, vorrangig große Operationen in möglichst kurzer Zeit durchzuführen. Auch in Deutsch-

land sind viele Krankenhäuser privatisiert und zu großen, von Investoren kontrollierten Ketten, zusammengeschoben worden. Auch Testlabors, Altenheime, Rehakliniken werden von Heuschrecken-Investoren auf satte Privatgewinne ausgerichtet.

Entsprechend wurden zehntausende von Arbeitsplätzen abgebaut. Es wurden die üblichen Instrumente eingesetzt: Viel Leiharbeit, Kurzzeitarbeit, befristete Arbeitsplätze, Anwerbung von billigerem Fachpersonal aus dem Ausland.

Die andere Seite der Medaille: Wichtige Gesundheitseinrichtungen überleben nicht, weil sie zu wenig Gewinn bringen: Zum Beispiel Geburten- oder Kinderstationen. Im Ostkreis der Wetterau gibt es seit Jahren keine Geburtenstation mehr.

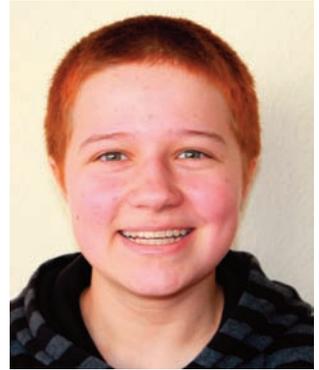
Das Grundwasser schonen:

Der Wetteraukreis braucht ein nachhaltiges Wassermanagement

Nach mehreren trockenen Jahren stellt sich die Frage: Wie können wir die Wasserversorgung nachhaltig sichern? Reicht es, für die Metropolregion Rhein-Main immer neue Quellgebiete anzupapfen und Pipelines aus den ländlichen Regionen ins Rhein-Main-Gebiet zu bauen?

46 Millionen Kubikmeter Wasser werden in Frankfurt im Jahr verbraucht. Das Wasser kommt aus dem Vogelsberg, aus dem Wohratal, aus Inheiden im Landkreis Gießen, aus dem Burgwald bei Marburg und dem südhessischen Ried. Das Umland versorgt die Metropole mit Wasser. Die finanzschwachen Landregionen sind auf den Wasserverkauf angewiesen. Für Frankfurt ist der Einkauf des Wassers billiger, als eigene Brunnen oder Aufbereitungsanlagen zu betreiben und konsequent Betriebswasser zu nutzen. Das hat ökologische Auswirkungen: Der Grundwasserspiegel sinkt, Quellen fallen trocken, die Liefer-

gemeinden mussten schon selbst Wasser einkaufen. Immer häufiger wird die Forderung erhoben, Frankfurt soll mehr Anstrengungen unternehmen und selber Wasser fördern, Mainwasser reinigen und Betriebswassersysteme verbindlich vorschreiben. Mit einer Anfrage hat sich DIE LINKE. Kreistagsfraktion ein Bild verschafft, was der Wetteraukreis für den Trinkwasserschutz tut und ob es ein Wassermanagement gibt. *(siehe Homepage)* Leider stellte sich heraus, dass im Wetteraukreis noch nicht so viel für einen wirkungsvollen Grundwasserschutz getan wird, wie es nötig wäre. Wir werden das Thema weiter verfolgen.



Malin Potengowski, Sprecher der Linksjugend Wetterau will, dass mit den Trinkwasserreserven kein Raubbau getrieben wird.



Julian Eder, Aktivist der Klimabewegung Fridays for Future hilft mit, dass auch in der Wetterau Klimatreiks organisiert werden.

Sparkassen tricksen bei den Zinsen

Sparkassen gelten als seriös und vertrauenswürdig. So halten sie etwa ein Drittel aller Girokonten in Deutschland. Dieses Image bröckelt jedoch. Denn es gibt zahlreiche Geschädigte, die systematisch abgezockt worden sind. Auch bei der Sparkasse Oberhessen.

Der Trick der Sparkasse ist simpel: Die Bundesbank legt einen Leitzins fest. Der ist verbindlich und alle Banken müssen sich daran halten. Wenn Zinsveränderungen nicht sofort an die Bankkunden weitergegeben werden, verdient die Bank und schädigt den Kreditnehmer oder Sparer. Besonders oft passiert das bei Überziehungskrediten, dem Standardgeschäft beim Mittelstand. Ein Kunde hat noch nicht gezahlt aber man muss noch selbst eine Rechnung überweisen - schon ist das Konto überzogen. Was sich nach einer Kleinigkeit anhört, kann großen Schaden verursachen. Denn auf jeden Zinsbetrag im Minus zahlt man Zinseszinsen. Die Reportage „Der rote Riese zockt ab“ der ARD zeigt, dass es sich nicht um Einzelfälle handelt.

Auch die Sparkasse Oberhessen ist beim Abzocken dabei. Der Verein „Opfer und Geschädigte der Sparkassen e.V.“ berichtet von einem Wetterauer Unternehmer, der einen Investitionskredit aufnahm. Er bezahlte sein Vertrauen mit dem Verlust seines gesamten Vermögens. Das Landgericht Gießen sprach dem Mann wegen der falschen Zinsberechnungen 347.976,57 Euro zu und zwei Jahre später nochmal 94.230,71 Euro. Doch die falschen Berechnungen gingen weiter und haben sich inzwischen erneut auf 16.748 Euro summiert. Warum hört das nicht auf? Der Wetteraukreis ist Teilhaber der Sparkasse Oberhessen und der Landrat ist Vorsitzender des Aufsichtsrats!

▶ *Hilfe finden Sie bei der Verbraucherzentrale Sachsen.*

Schulhygiene ist Aufgabe des Wetteraukreises!

Am 22. April schickte das Kultusministerium einen Hygieneplan an die Schulämter. Sehr spät für die Schulöffnung am 27. April. Also wurden Schulen selbst aktiv. Und fingen sich glatt eine Rüge von Landrat Weckler wegen „Aktionismus“ ein. Das verstehe, wer will...

Stattdessen ließ Weckler verlauten, die Schulen möchten sich doch bitte selbst Papierhandtücher und Handseife im Großhandel besorgen.

Eigentlich müsste der Landrat wissen, dass Schulen dafür keinen Etat haben, weil es Aufgabe des Schulträgers ist, solche Dinge bereitzustellen. Der benachbarte Hochtaunuskreis weiß das übrigens sehr wohl und versorgte seine Schulen selbstverständlich mit diesen für die Einhaltung des Hygieneplans notwendigen Hygieneartikeln.

Sprechstunden im Roten Laden



Im Roten Laden, Usagas-
se 23, Friedberg, (Foto)
können Sie jeden Montag
von 14 bis 16 Uhr und je-
den Donnerstag von 16 bis
18 Uhr mit der Fraktion der
Linken im Kreistag spre-
chen.



Wenn Sie Probleme mit
dem Jobcenter oder So-
zialamt haben, steht Ihnen
die „Linke Hartz4-Hilfe
Wetterau“ ebenfalls mon-
tags von 14 bis 16 Uhr und
donnerstags von 16 bis 18
Uhr mit Rat und Tat zur
Seite (werktags). In Co-
rona-Zeiten können Sie in
dieser Zeit auch anrufen:
06031 1695707.



Wer trägt die Kosten der Krise?

Den reichsten 10 Prozent gehören in Deutschland 56 Prozent des Gesamtvermögens - die ärmere Hälfte der Bevölkerung verfügt nur über 1,3 Prozent. Wer hunderte Milliarden besitzt, muss zur Kasse gebeten werden!

.....

• So erreichen Sie **DIE LINKE.**

• Fraktion im Kreistag der Wetterau, ViSdP.: Gabi
• Faulhaber, Karben, Tel. 06039 7912, www.die-linke-wetterau.de, info@die-linke-wetterau.de

• O Ich möchte Informationen über DIE LINKE.
• Mich interessiert besonders das Thema:

• O Ich möchte Mitglied der Partei DIE LINKE. werden.
• Name: _____
• Geburtsdatum: _____
• Beruf: _____
• Anschrift: _____
• Telefon: _____
• e-mail: _____

.....